Förderklassen: Die rot-grüne Bildungsblase sollte ihren Widerstand gegen vernünftige Lösungen aufgeben

Category: Blog
geschrieben von Aus fremder Feder | 18. Mai 2026



Es ist vollbracht. Das Zürcher Kantonsparlament hat beschlossen, wie die Förderklasseninitiative umgesetzt werden soll. Die Befürworter aus FDP, SVP, Mitte, EVP und Grünliberalen können aufatmen, vorerst zumindest. Sie haben sich gegen die mahnenden Worte der Gegner durchgesetzt: «Inklusion funktioniert», hiess es von der Linken. Und: «Wir brauchen starke integrative Lösungen, die allen Kindern gerecht werden.» – «Diese Vorlage ist ein Rückschritt.» – «Kollateralschaden!»

Und überhaupt, integrative Schule sei eine Frage der Haltung: Anhänger von Förderklassen hätten die falsche!



Robin Schwarzenbach, NZZ-Journalist: Sie sollten den Willen des Gesetzgebers und vieler Eltern respektieren.

All diese Behauptungen führten ins Leere. Förderklassen für Schüler «mit besonders hohem Förderbedarf» und solche, «deren Verhalten den Schulbetrieb in der Regelklasse erheblich beeinträchtigt», werden ins Gesetz aufgenommen. «Bei Bedarf» also sollen besonders lernschwache und vor allem besonders laute, aggressive oder sonst «erheblich» aus der Reihe tanzende Kinder für mindestens ein Semester in gesonderten Klassen unterrichtet werden. Bis sie – vielleicht – ihre persönliche Krise überwunden haben und somit bereit sind, in ihre angestammte Klasse zurückzukehren.

Es ist eine vernünftige Massnahme. Mehr noch: Vielerorts ist sie notwendig. Förderklassen sollen den Betrieb in Regelklassen beruhigen. Sie sollen integrativen Unterricht für Lehrerinnen und Lehrer und die allermeisten Kinder und Jugendlichen auf ein erträgliches Mass reduzieren. Auch wenn die Initianten um die Zürcher FDP-Politikerin Yasmine Bourgeois es bis zuletzt vermieden haben, dieses Ziel ihres Volksbegehrens ins Zentrum zu stellen. Die Wahrheit tut im Schulwesen bekanntlich besonders weh.

Mehrheit statt Minderheit

Umso mehr darf man festhalten: Mit Förderklassen wird endlich Politik für die Mehrheit an Primar- und Sekundarschulen gemacht. Und nicht in erster Linie für die wenigen Härtefälle, die alles durcheinanderbringen. Richtig so! Es ist eine

heilsame Debatte. Vertreter der rot-grünen Bildungsblase sollten ihre Glaubenssätze überdenken.

> *Solche Grautöne sind in vielen Schulhäusern nicht gern gesehen. Lieber huldigt man einer Lebenslüge. Häretiker, die es wagen, die reine Lehre des integrativen Unterrichts anzuzweifeln, werden ausgegrenzt.*

Jahrelang wurde «Integration» zum wichtigsten Dogma der Volksschule verklärt. Das eidgenössische Behindertengleichstellungsgesetz wurde zum Totschlagargument – obwohl viele Kinder, die den Unterricht massiv stören, gar nicht behindert sind. Und obwohl ebendieses Gesetz zu differenzieren weiss: Schüler mit einer Einschränkung seien in die Regelschule zu integrieren, «soweit dies möglich ist und dem Wohl des behinderten Kindes oder Jugendlichen dient», heisst es da.

Solche Grautöne sind in vielen Schulhäusern nicht gern gesehen. Lieber huldigt man einer Lebenslüge. Häretiker, die es wagen, die reine Lehre des integrativen Unterrichts anzuzweifeln, werden ausgegrenzt. Oder sie kündigen. So geschehen an der Primarschule Leimbach in Zürich, wo vor einem Jahr gleich sechs Klassenlehrer den Bettel hinschmissen, da sie sich mit besonders schwierigen Schülerinnen und Schülern in ihren Klassen alleingelassen fühlten.

Verhaltensauffällige tanzten der Schule seit Jahren auf der Nase herum. Konsequenzen hätten sie keine zu befürchten, hiess es damals. Die Schulleitung wolle alle Kinder «mitnehmen». Trotz Warnungen der eigenen – überforderten – Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das dürfte kein Einzelfall gewesen sein.

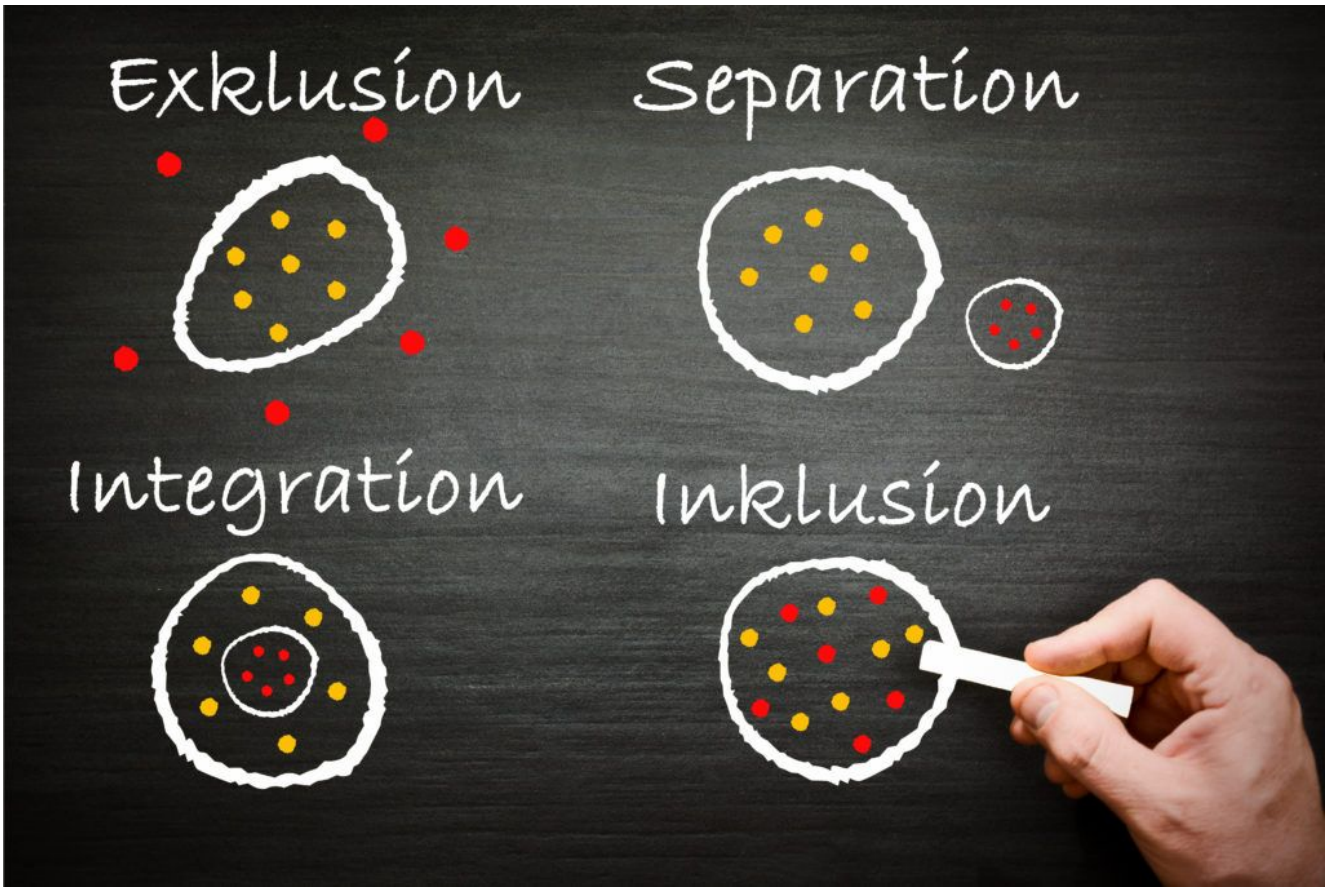
Dennoch macht die Linke fröhlich weiter mit ihrer Schwarz-Weiss-Malerei. Es gebe nur wenige Kleinklassen im Kanton. Das zeige, dass es keinen Bedarf an Förderklassen gebe. Eltern seien grundsätzlich zufrieden mit dem integrativen Ansatz. «Die grosse Mehrheit steht hinter diesem Modell», hiess es am Montag im Kantonsrat. Alles paletti also?

Nun denn: Wenn dem tatsächlich so wäre, könnten sich SP, Grüne und AL aus der Deckung wagen und das Referendum gegen Förderklassen ergreifen. Bis jetzt gibt es keine Anzeichen, dass dies geschehen wird. Den linken Parteien drohte eine krachende Niederlage an der Urne. Und das wissen sie. In einer Umfrage im Auftrag der NZZ von 2022 waren zwei Drittel der Zürcher Befragten sehr oder

eher einverstanden mit der Einführung von sonderpädagogischen Kleinklassen. Eine Mehrheit der SP-Anhänger war ebenfalls dafür oder eher dafür.

Ein Papiertiger?

Doch man mache sich nichts vor: Mit einer Gesetzesänderung allein wird sich an Zürcher Schulen nichts ändern. Ob sie wirklich Bedarf haben, können (Schul-)Gemeinden selber entscheiden. Sie können auch entscheiden, ob sie Förderklassen (langfristige Massnahme) und erweiterte Lernräume (für kurzfristige Time-outs) im gleichen Setting führen wollen. Also unter Anleitung von schulischen Heilpädagoginnen, die dann im Idealfall aus Regelklassen abgezogen werden könnten.



Die Linke macht fröhlich weiter mit ihrer Schwarz-Weiss-Malerei.

Solche Verrenkungen stehen für mehrere Schwächen der Vorlage. Was, wenn eine Schule nicht genügend besonders schwierige Schüler hat, um sie in einer Förderklasse unterzubringen? Was, wenn Klassenlehrer auf «ihre» Heilpädagoginnen nicht verzichten wollen? Was, wenn Schulpflege und Schulleitung ohnehin nichts von Förderklassen halten und es daher von vornherein unterlassen, zusätzliche Mittel dafür zu beantragen?

Ein Blick nach Basel-Stadt verheisst nichts Gutes. Dort können Schulen seit kurzem ebenfalls Förderklassen einrichten. Jetzt zeigt sich: Die allerwenigsten machen von diesem Mittel Gebrauch – weil sie grundsätzlich und weiterhin dagegen sind.

Schulverantwortliche in Zürich sollten sich eines Besseren besinnen. Sie sollten den Willen des Gesetzgebers und vieler Eltern respektieren – und bei Bedarf konsequent auf Förderklassen setzen. Ihre Schüler und viele Lehrer werden es ihnen danken.